



o8 | Für eine identitätserhaltende Migrationspolitik

Migrationspolitik

Die Einwanderungspolitik der Altparteien hat in den letzten vier Jahren Dimensionen angenommen, die selbst im Rückblick auf viele hundert Jahre unserer Geschichte beispiellos verheerend erscheinen. Die Auswirkungen sind für Thüringen besonders gravierend, weil die in Teilen linksextreme Landesregierung hier günstige Rahmenbedingungen vorfindet, um über eine Veränderung des Staatsvolks ihrer ideologischen Wahnvorstellung einer multikulturellen Gesellschaft näher zu kommen.

Die Folgen dieser verfassungsfeindlichen Politik sind in unserem Freistaat bereits jetzt zu beobachten. Ganze Stadtteile sind in den letzten drei Jahren bevölkerungspolitisch gekippt, weil man dort schwerpunktmäßig Hunderte Ausländer in Sozialwohnungen oder Plattenbaugebieten unterbrachte. Zusätzlich belastet die unregelte Zuwanderung der letzten Jahre den bereits angespannten Markt für preisgünstigen Wohnraum in den Ballungszentren unseres Landes.

Die Masseneinwanderung führte zu einer steigenden Kriminalität und Wohnraumverknappung.

In der Regel folgen solchen bevölkerungspolitischen Umschichtungen erhebliche Nachteile für die angestammte Bevölkerung, vor allem in Form drastisch steigender Kriminalität. Die Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik sind alarmierend:

Der Anteil der nichtdeutschen Tatverdächtigen betrug im Jahr 2018 17,4 Prozent. Das stellt eine Verdoppelung zum Wert von 2014 dar. Wobei an dieser Stelle erwähnt werden muss, dass Doppelpassinhaber den deutschen Tatverdächtigen zugeordnet werden. Der Anteil der nichtdeutschen Tatverdächtigen an Gewaltdelikten stieg innerhalb von vier Jahren von 8,6 (2014) auf 28,4 Prozent (2018). Im Bereich von Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung musste im selben Zeitraum eine Zunahme von 4,4 auf 15,7 Prozent durch die gleiche Tatverdächtigengruppe verzeichnet werden. Diese Zahlen machen deutlich, dass es sich nicht um sogenannte Einzelfälle, sondern um systematisch eingewanderte schwere Kriminalität handelt.

Die Ausbreitung fundamentalistisch ausgerichteter Parallelgesellschaften ist ein Fakt. Auch die sogenannte Integrationspolitik der Altparteien wird hieran nichts ändern. Sie ist gescheitert und perspektivlos. Zudem fehlen die vielen Milliarden Euro, die hierfür aufgewendet werden, am Ende für die Bedürfnisse unserer eigenen Bevölkerung. Integration ist eine Bringschuld der Zuwanderer. Wer hierzu nicht willens oder in der Lage ist, wird in Thüringen keine Heimat finden.

Den Irrweg einer multikulturellen Gesellschaft, den die Altparteien künftigen Generationen aufzwingen wollen, werden wir mit aller Konsequenz und ohne Rücksicht auf die Regeln der sogenannten politischen Korrektheit rechtsstaatlich beenden.

Für einen asylpolitischen Kurswechsel

Um die komplexen Herausforderungen, welche sich gegenwärtig in der Asyl- und Migrationspolitik zeigen, bewältigen zu können, müssen umfangreiche Maßnahmen auf der EU-, der Bundes- und der Landesebene ergriffen werden.

Natürlich stehen wir Ausländern aufgeschlossen gegenüber, die sich legal in unserem Freistaat aufhalten und unsere Kultur sowie die Rechtsordnung akzeptieren. Das gilt vor allem für Menschen, die in Thüringen den Lebensunterhalt ihrer Familie durch Arbeit erwirtschaften und ihr Schicksal mit unserer Nation aus innerer Überzeugung dauerhaft verbinden wollen. Im Bundesrat werden wir uns daher für ein modernes und bedarfsorientiertes Einwanderungsrecht einsetzen, zu dessen Vorbedingungen allerdings zwingend eine vollständige Sicherung der deutschen Außengrenzen auch durch Einsatz der Bundeswehr zählt.

Die Staatsgrenzen müssen endlich wieder gesichert und die illegale Einreise in unser Land effektiv unterbunden werden.

Die illegale Einreise nach Deutschland muss endlich unterbunden werden. Das Recht auf Asyl ist ausschließlich denen vorzubehalten, die tatsächlich politisch verfolgt werden. Auch die Diskussion, ob der individuelle Rechtsanspruch auf Asyl noch zeitgemäß ist, darf kein Tabu sein.

Abschiebungsinitiative 2020

Thüringen braucht keine bildungsfernen Migranten. Es ergibt überhaupt keinen Sinn, illegale Zuwanderung wie bisher mit Milliarden Euro zu fördern. Wir werden daher unmittelbar nach Übernahme der Regierungsverantwortung eine massive Abschiebungsinitiative starten.

Zunächst wollen wir mit einem landesweiten Screening alle Fälle missbräuchlicher Angaben zum Zwecke der Einwanderung identifizieren. Besondere Bedeutung hat hierbei die rückwirkende Überprüfung der Altersangaben sogenannter minderjähriger unbegleiteter Flüchtlinge in allen Fällen seit 2015, bei denen die Minderjährigkeit nicht offensichtlich ist. Die AfD wird auf Landesebene ärztliche Untersuchungen zur Altersbestimmung angeblich minderjähriger Flüchtlinge einführen. Wir wollen zudem alle Fälle ermitteln, in denen Ausländer Reisen in ihre Heimat unternommen haben, wo sie angeblich verfolgt oder von Krieg bedroht werden. In allen Missbrauchsfällen werden wir konsequent auf einen Entzug der Aufenthaltserlaubnis und auf eine Aufenthaltsbeendigung in Deutschland hinwirken.

Der Missbrauch des Asylrechts ist zu unterbinden. Hierzu zählt auch die Altersfeststellung sogenannter unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge.

In einem zweiten Schritt wollen wir den Vollzug der Ausreisepflicht aller illegal eingereisten und geduldeten Ausreisepflichtigen durch neue Verfahrensweisen, insbesondere durch Massenabschiebungen, herbeiführen. Hierzu zählt auch die Durchführung vom Freistaat organisierter Abschiebeflüge. Als Erstes werden jene Ausreisepflichtigen in den Fokus genommen, die strafrechtlich relevant in Erscheinung getreten sind oder extremistisch auffallen.

Die Ausreisepflicht aller illegal bei uns Lebenden wollen wir durchsetzen. Das hier seit Jahren bestehende Vollzugsdefizit ist endlich zu beheben.

Gewaltauffällige Asylbewerber sind in gesonderten Einrichtungen unterzubringen.

Gewaltauffällige Asylbewerber sollen bis zur Abschiebung oder freiwilligen Ausreise zum Schutz der einheimischen Bevölkerung und der friedlichen Asylbewerber in gesonderten Einrichtungen fernab von Ortschaften untergebracht werden. Zudem wollen wir den gesetzlichen Rahmen der Vorbereitungs- und Sicherungshaft für die erfolgreiche Durchführung von Abschiebungen vollständig ausschöpfen. Hierzu werden wir innerhalb kürzester Frist eine Abschiebehaftanstalt in Thüringen einrichten.

Behinderungen von Abschiebungen sind zu ahnden. Keine öffentliche Förderung von Vereinigungen, die abgelehnte Asylbewerber dabei unterstützen, sich der Abschiebung zu entziehen.

Die sogenannte Härtefallkommission, die in vielen Hunderten Fällen vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländern in Thüringen gegen geltendes Recht einen weiteren Aufenthalt auf Kosten des Steuerzahlers ermöglichte, hat sich politisch missbrauchen lassen und als nicht reformierbar erwiesen. Wir wollen diese Institution abschaffen.

Zudem wollen wir dafür sorgen, dass strafrechtlich relevante Behinderungen von Abschiebungen konsequent geahndet werden. Allen Institutionen, Initiativen und Vereinen, welche abgelehnte Asylbewerber dabei unterstützen, sich der Abschiebung oder Ausreisepflicht zu entziehen, muss die öffentliche Förderung entzogen werden. Selbstverständlich wollen wir auch die Finanzierung der Rechtsberatung endgültig abgelehnter Asylantragsteller mit Thüringer Steuergeldern beenden.

Keine Anreize für Sozialmigranten

Nach wie vor senden die Altparteien verheerende Anreizsignale für eine illegale Zuwanderung in unser Sozialsystem aus. Ein Beispiel hierfür ist die Unterzeichnung des Globalen Migrationspakts, der für weitere Migrationswellen nach Deutschland sorgen wird.

Wir wollen alle rechtlich bestehenden Möglichkeiten nutzen, um Armutsmigration nach Thüringen weitgehend unattraktiv zu machen. Dafür wird ein deutlich abgesenkter Versorgungs- und Unterbringungsstandard für Asylbewerber notwendig sein. Entsprechend dem Asylbewerberleistungsgesetz sollen Sachleistungen wieder die Regel werden. Neu angekommene Migranten müssen in landeseigenen Auffangzentren kostengünstig untergebracht werden, um so die Kommunen und die Steuerzahler zu entlasten.

Die Gesundheitskarte für Asylbewerber wollen wir abschaffen und nur noch die gebotene Notversorgung gewährleisten.

Wir wollen alle rechtlich möglichen Maßnahmen ergreifen, um die Kosten der Versorgung von Asylbewerbern durch Sicherstellung eigenen Vermögens zumindest teilweise zu decken. Dies betrifft insbesondere die Ermittlung und die Konfiszierung von mitgeführtem Barvermögen.

Erhalt der Rückkehrfähigkeit statt unmöglicher Integration

Eine Integration der seit 2015 nach Thüringen eingereisten mehreren zehntausend Armutsmigranten scheitert nicht nur an der häufig mangelnden Bereitschaft und Fähigkeit dieser Menschen zur Integration. Auch ein Großteil der Thüringer möchte nicht derart viele Menschen aus kulturfremden Regionen dauerhaft integrieren, schon gar nicht auf Kosten des Steuerzahlers und unter Hinnahme von Verhaltensweisen und kulturell-religiösen Praktiken, die sich mit unseren europäischen Werten nicht vereinbaren lassen. Der dauerhafte Verbleib und die Integration von Flüchtlingen können nur der Ausnahmefall sein. Im Regelfall muss eine Rückkehr des Flüchtlings Ziel der Thüringer Politik werden. Statt eines Zwangs zur Integration tritt die AfD daher für den Erhalt der Rückkehrfähigkeit von Flüchtlingen und Sozialmigranten ein.

Das Asylrecht ist Hilfe auf Zeit. Der dauerhafte Verbleib von Flüchtlingen kann nur Ausnahme bleiben. Daher ist die Rückkehrfähigkeit zu erhalten.

Im Fokus von Bildungsmaßnahmen soll neben der Vermittlung von grundlegenden deutschen Sprachkenntnissen und unseren Werten vor allem der Erwerb von Fähigkeiten stehen, welche die Menschen nach der Rückkehr in ihr Heimatland benötigen.

Familiennachzug

Der Familiennachzug ist ausschließlich Bewerbern mit anerkanntem Asylgrund vorbehalten, die erfolgreich an deutschen Sprachkursen teilgenommen haben und eine Arbeitsstelle zur Gewährleistung des Unterhalts auch der hinzukommenden Familienangehörigen vorweisen können. Familienzusammenführungen für unbegleitete minderjährige Ausländer können in sicheren Drittstaaten außerhalb von Deutschland stattfinden. Den Missbrauch sogenannter Ankerkindern, die nach Deutschland vorausgeschickt werden, um dann eine Einreise der restlichen Familie auf „legalem“ Weg zu ermöglichen, wollen wir konsequent unterbinden.

Thüringens Identität, Parallelgesellschaften und Islam

Die Thüringer AfD steht ohne Wenn und Aber für den freiheitlichen demokratischen und säkularen Rechtsstaat. Der säkulare Rechtsstaat hat das ausschließliche Rechtsetzungs- und Rechtsdurchsetzungsmonopol, sein Recht steht über religiösen Geboten. Der orthodoxe Islam, der eine politische Religion ist und mit der Scharia auch ein vormodernes System von Rechtsregeln umfasst, ist mit diesem westlichen Staatsverständnis nicht vereinbar. Daher kann der Islam nicht zu Thüringen und nicht zu Deutschland gehören.

Die Scharia ist nicht mit unserem säkularen Rechts- und Staatsverständnis vereinbar.

Die verfassungsrechtlich garantierte Freiheit des Glaubens, des religiösen Bekenntnisses und der Religionsausübung gilt selbstverständlich auch für Muslime. Artikel 4 des Grundgesetzes ist aber kein „Supergrundrecht“, das einen politischen oder gesellschaftlichen Sonderstatus oder irgendwelche Privilegien für muslimische Gemeinschaften in unserem Land begründet.

Dem Ausbau von Parallelgesellschaften, in denen unsere Rechtsordnung in Frage gestellt wird, ist entgegenzutreten.

Religiösen Eiferern, die das Grundgesetz und die Thüringer Verfassung hingegen als Ermächtigung für den Ausbau von Parallelgesellschaften missverstehen, wollen wir mit allen verfügbaren rechtsstaatlichen Mitteln konsequent begegnen. Islamistische Militanz und Extremismus von Zuwanderern müssen deshalb konsequent bekämpft werden.

Besonders verheerend ist, dass die zum Teil aggressive Anspruchshaltung bestimmter Zuwanderergruppen zurzeit auch noch offen durch die Spitzen von Altparteien, Kirchen und Gewerkschaften unterstützt wird. Zwar beteuern Vertreter aller Altparteien regelmäßig formelhaft die Integrationspflicht von Zuwanderern und die Geltung unseres Grundgesetzes als angebliche Leitschnur des Zusammenlebens. Faktisch dulden sie jedoch die Missachtung elementarer Regeln unseres Verfassungsstaats.

Religiös motivierte Bekleidungsregelungen, das „kulturell sensible“ Weglassen von Speisen in öffentlichen Einrichtungen, die Errichtung fundamentalistischer Moscheen, die Diffamierung unserer Gesellschaft als „unrein“, die Duldung der Verstümmelung von Neugeborenen aus religiösen Gründen oder das qualvolle Schächten von Tieren sind deutliche Zeichen einer zunehmenden Islamisierung, der wir Einhalt gebieten müssen. Toleranz darf nicht in Selbstaufgabe münden!

Die Expansionspläne der fundamentalistischen Ahmadiyya-Sekte auch in Thüringen, denen die Altparteien und die Amtskirchen Vorschub leisten, lehnen wir ab.